

Frankfurter Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Frankfurter Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Abonnementspreis beträgt 2.00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis beträgt 5.00 Reichsmark. Der halbjährliche Preis beträgt 9.00 Reichsmark. Der jährliche Preis beträgt 16.00 Reichsmark. Die Preisliste ist in jeder Ausgabe beiliegend. Die Preisliste ist in jeder Ausgabe beiliegend. Die Preisliste ist in jeder Ausgabe beiliegend.

Neues in Kürze.

Drachmungen und Koblitelegamme.

Minister Geering wendet sich in einer amtlichen Bekanntmachung gegen angebliche Propagandierungen der Reichsregierung für den Fall der Stimmabgabe für die Fürteneintragung. Er rügt sich dabei auf die Reichsverfassung, die das Recht freier Meinungsäußerung gewährleistet, übertrifft aber, daß genau dieselbe Reichsverfassung auch das Eigentum der Fürteneintragung. Die Reichsverfassung soll eben nur gelten, wie und wo es der Fürteneintragung.

Die in der Öffentlichkeit fälschlich aufgestellte Behauptung, daß das Haus Wittelsbach einen Aufwertsanspruch in der Höhe von 14 Millionen Goldmark geltend gemacht habe, ist, wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, völlig aus der Luft gegriffen.

Gestern Abend kam es in Elberfeld nach einer nationalsozialistischen Versammlung, in der Hitler gesprochen hatte, zwischen mehreren der Versammlung und Reichswehrangehörigen zu Schlägereien. Drei Personen wurden verletzt. Die Polizei schritt ein und stellte die Ruhe wieder her.

Der negative Ausgang des Volksentscheides in Schaumburg-Lippe über den Anschluß an Preußen hat nunmehr zur Regierungserklärung geführt. Die vier nicht parlamentarischen Regierungsmitglieder haben ihr Amt niedergelegt.

Das Reichskabinett befaßt sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Wahl des Generaldirektors der Reichsbahn. Es wurde beschlossen, vor endgültiger Stellungnahme zu der Angelegenheit zwecks Klärung gewisser sachlicher Fragen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Reichsbahn in Verhandlung zu treten.

Im Reichstag ist eine Interpellation des Abgeordneten Wenzel (Dachau) eingegangen, in der es heißt: Trotz dem vom Reichsamt für den öffentlichen Gesundheitsdienst am 2. Juni 1926 erlassenen Reichsamt ist eine e r d l a u f i g e B e w e g u n g der Wohnungsbauaktivität eingetreten. Wir fragen die Reichsregierung, welche Ursachen liegen dieser beobachteten Tatsache zugrunde und welche weiteren Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um eine weitere Belebung des Wohnungsbauwerks herbeizuführen.

Dem Reichstag ist eine Verordnung über den allgemeinen Verkehr auf öffentlichen Wegen (Straßenverkehrsordnung) zugegangen. Dadurch wird eine einheitliche Verkehrsregelung im ganzen Reich erreicht.

Auf der 26. Jahrestagung des Bundes deutscher Reichstagsabgeordneter in München wurde u. a. beschlossene Erlass eines Reichsbeamten- und Beamtenvertretungsgesetzes, „eine die Lebensmöglichkeit gemähere Befolgung der unteren und mittleren Gruppen“ und Wiedereinführung des Abfuhrbundes in der Reichsfinanzverwaltung gefordert. In einem Vortrag über die Wünsche für einen ökonomischen deutschen Zollverein empfahl Universitätsprofessor Geh. Rat v. Zwiabed, zunächst eine Zwischenkommission für drei bis fünf Jahre und dann den Zollverein einzuführen als wichtigste Vorbereitung für den völligen Anschluß Deutschlands zum Reich.

Dem Protest deutscher Hochschulen im Falle Leipzig hat sich auch die Studentenschaft der Leipziger Universität angeschlossen durch einen dreistimmigen Streik.

Zwischen dem früheren polnischen Außenminister Grafen Czernin und General Septycki fand gestern früh ein Duell statt. Nach dem von dem Ehrengericht festgelegten Bedingungen sollte einmütiger Aufbruch stattfinden. Zunächst gab Septycki einen Schuß ab, der sehr einig. Czernin schloß es Czernin ab, ließ einen Schuß abzugeben. Das Duell fand damit seinen Abschluß. — Schrecklich!

Die im Feldlager bei Elßhofen liegenden Truppen und eine Abordnung der Norddivision haben die portugiesische Regierung aufgefordert, das revolutionäre Programm rascher durchzuführen und zu diesem Zweck ein dreigliedriges militärisches Komitee zu bilden.

In Pinski (Korbinien) kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Sikks und Moskowitern. Mehrere Personen wurden verletzt. Der angegriffene Sachschaden ist beträchtlich. Polizei und Militär helfen die Ruhe wieder her.

„Für Dich!“ „Für Dich!“

fällt bei der Fürteneintragung ganz gewiß nichts ab. Für Dich, für Dich würden sich die Kommunisten und ihre Genossen, die Sozialdemokraten, ganz gewiß nicht so ins Zeug legen. Sondern für sich, für sich arbeiten sie, und für ihre dunklen Hintermänner. Damit es endlich mal wieder etwas zu verteilen und zu verpacken gibt, nachdem die Milliardenwerte an Heeresgut und Kriegsbetrieb usw. und die Kriegserlöse der Inflationszeit verbraucht und in die Hände und Taschen der roten und schwarzrotgoldenen Schieber abgeflossen sind.

„Für Dich, für Dich“, so klingt der Operettenschlager und die Propagandakunst der Claque in die Welt hinaus. Aber wie der Schlag der Fürteneintragung in Wirklichkeit eingetruften ist, das sagt Dir der gerissene Claqueur nicht: „Für Dich, für Dich“ die Claque und der Kerger, „für mich, für mich“ der Gemein und das Vergnügen.

„Für Dich, für Dich...“ Meinst Du nicht, wie sie sich schon im voraus ins Fäustchen lachen und Dir die lange Nase zeigen: „Für Dich, für Dich...“? Laß Dich nicht auch noch am 20. Juni mit dem roten Schlagler verführen!

Die Krise in Frankreich.

Rücktritt des Kabinetts Briand.

Aus Paris wird gemeldet: Der nach Schluß der gestrigen Kammerberatung abgeschlossene Kabinettsrat schloß sich mit der durch den Rücktritt des Finanzministers geschlossenen neuen Lage. Er war einstimmig der Ansicht, daß es nicht möglich ist, eine einfache Umwidmung des Kabinetts vorzunehmen und daß das Kabinett deshalb insgesamt zurücktreten soll, um dem Präsidenten der Republik vollkommene Freiheit für die Beurteilung der Lage zu lassen.

Der Präsident der französischen Republik Doumergue hat die Rücktrittserklärung des Kabinetts angenommen und es mit der vorläufigen Fortsetzung der Geschäfte beauftragt.

Warum der Finanzminister zurücktrat.

Der Finanzminister Briand hat seine Demission gegeben, da er angeht mit der Hausse der ausländischen Devisen und des Ausleihens der tatsächlichen Unterstützung, auf die die Regierung gerechnet habe, seinen Posten nicht mehr ausfüllen könne. Andererseits hätte er es für notwendig, eine parlamentarische und politische Umwidmung entsprechend den Wünschen der öffentlichen Meinung möglich zu machen, da die Öffentlichkeit angeht mit der gemeinsamen Gefahr, eine gemeinsame Anstrengung fordere. Aus diesen Gründen trat er zurück.

Ein neuer Kabinettsrat tritt heute Abend 6 Uhr im Außenministerium zusammen, um die Lage zu beraten. Vor Beginn des Kabinettsrats hatte der Präsident der Republik eine Besprechung mit Ministerpräsident Briand und Finanzminister Poincaré gehabt.

Briand über die Frankfr.

Ministerpräsident Briand hat Vertretern der Presse erklärt: Was den Wunsch nach einem Ministerium der nationalen Einheit betrifft, so wäre es sehr wünschenswert, wenn ein solches gebildet werden könnte. Wenn man insofern auf Belgien hinaus, das doch ein betriebsfähiges Kabinett aus Vertretern sämtlicher Parteien bereits habe, und weiter auf die von Belgien gestandene Opfer, so müssen wir feststellen, daß der belgische Franken trotzdem nicht gekürzt worden ist. Die Gründe für die gegenwärtige Frankfraktion seien vielfältig. Man verlaufe Franken in England, nicht etwa um gegen den Franken vorzugehen, sondern um das Pfund gegenüber dem Dollar halten zu können, und ebenso verlaufe man in Belgien und Italien französische Franken, um zu verstanden, die eigene Währung zu stärken. Hingegen käme, daß in Frankreich jetzt viele Franzosen aus Mangel an Vertrauen ihre Frankenguthaben abgeben. Man sehe gegenwärtig inmitten eines Inflations; es handle sich darum, bis zum Ende des Unwetters handhaben zu können.

Sicherung der Getreideversorgung.

Die französische Kammer beriet gestern den vom Landwirtschaftsminister Briand eingebrachten Gesetzentwurf über die Sicherung der Getreideversorgung, der die Regierung ermächtigt, bis zum 2. August die Erhebung der Einfuhrzölle auf gewisse Getreidearten ganz oder teilweise einzustellen. Der Landwirtschaftsminister erklärte, der Preis für Getreide in Frankreich der Welt für die Lebenshaltungskosten. Es könnten nämlich lokale Krisen entstehen, wenn viele den Stand des gegenwärtigen Preises erreichen. Nach längerer Aussprache wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Auf eine Anfrage hat der Landwirtschaftsminister Briand erklärt, er werde im Zusammenhang mit seinen Maßnahmen zur Sicherstellung der Getreideversorgung nötigenfalls auch die Schließung der Bärenbörsen beantragen.

Deutsch-französisches Aufwertungsabkommen.

Zwischen der deutschen und französischen Regierung ist ein Abkommen über die Durchführung der deutschen Aufwertungspläne abgeschlossen, das am 4. d. M. in Berlin ratifiziert worden ist. In dem Abkommen wird der Grundgedanke der Preisbegrenzung auf dem Gebiete des Aufwertungsabkommens verdeutlicht. Die französische Regierung gibt den deutschen Staatsangehörigen, die bisher auf Grund des Verfallens der Beträge unter Staatsverwaltung gestellten deutschen Marktscheine frei; sie empfangt dafür von dem Einlösungsbezogen, den die deutschen Gläubiger dieser Anleihen nach dem deutschen Aufwertungsabkommen auf die freigegebenen Anleihen erhalten, soweit die freigegebenen Anleihen Reichsanleihen sind, ein Viertel, soweit sie Länder- oder Gemeindeanleihen sind, die Hälfte. Des weiteren kommt das Abkommen eine Aufwertung der deutschen Reichsangehörigen gebührenden Marktscheine, die einkaufsbefähigte Gemeinden vor dem Währungsstand ausgegeben haben. Ueber die Durchführung des Abkommens wird das weitere später bekanntgegeben werden. Die Interessenten wollen daher von Anfragen bis auf weiteres absehen.

Die Elsaß-Lothringer geben nicht nach!

Wie der Pariser „Temps“ aus Straßburg meldet, verweigert das Komitee des elsäß-lothringischen Heimatbundes in der letzten Presse des Oberfeld eines neuen Aufruf, in dem der Heimatbund erklärt, daß er von seiner Umgebung nichts zurückzunehmen habe, und daß er alle diejenigen in Schutz nehme, die von der Regierung gemargret worden seien. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Elsaßer und Lothringer! Jeder neue Gewaltakt der Regierung beweist mehr denn je von welchen Gefahren die elementarsten Rechte in Elsaß-Lothringen bedroht sind. Schließt Euch also mehr als bisher zusammen zum Kampfe für die natürlichen Rechte des Landes!“

„Deutschland ist schuld!“ Die Krise des Völkerbundes.

Die Schweizer Dep.-Agentur meldet: Das Genfer Generalsekretariat erklärt die Kolonialpolitik einer früheren Einberufung des Völkerbundesrates, um eine Intervention bei Brasilien und auch bei Spanien zu unternehmen. Welches französische Entwürfen lassen keinen Zweifel, daß Brasilien nicht aus dem Völkerbund austreten wird, wenn es, ebenso wie Spanien, einen künftigen Rat, gleichzeitig mit Deutschland, erklärt. Das „Pariser Journal“ schreibt: Deutschland ist schuld an dem Zustand des Völkerbundes. Seine Weigerung, gleichzeitig mit seiner Aufnahme andere Mächte in den Völkerbund aufzunehmen, hat dem Völkerbund den Verlust Brasiliens, Spaniens und schließlich auch Polens gebracht. Der „Berliner Temp“ schreibt: Wir in der Vorkriegszeit Deutschland die Frage: Abstraktion unmöglich machte, so zerfiel es jetzt den Völkerbund. Mit dem Verlust Brasiliens, Spaniens und Polens (!) wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu teuer verkauft.

Der Kampf um den Franken

Ein Musterbeispiel von Demokratie.

Der Kampf um den französischen Franken ist ein wahres Musterbeispiel von Demokratie. Frankreich ist bekanntlich eine Demokratie und das erklärt alles. Beispielsweise, daß in Frankreich das Geld regiert. Es gibt kein Land der Welt, in dem die Großbanken in so inniger Zusammenarbeit mit der Schwerindustrie die Politik beherrschen, kein Land der Welt, in dem die Mächte des Geldes so angeordnet mit dem Volke spielen. Das Geld hat alles, das Volk nichts zu sagen. Der Krieg von 1918 war ein Krieg des französischen Geldes, der Großbanken und der Schwerindustrie; Poincaré, der Hauptführer des Krieges, war der Stromann des Comité des forges, der Schwerindustrie.

Die Presse Frankreichs, soweit sie Befehls- und Einfluß hat, ist Werkzeug der Großbank. Der Geld hat und politischen Einfluß gemessen will (um Geld an groß zu verdienen), faßt eine der großen Setzungen, die denn auch die Helfer wofür, wie beim „Kammern des werten“. Heute denn, morgen denn, aber immer in Dienste des Geldes und immer auf dem Rücken des Volkes. Die französische Währungsfrage? Sehr einfach: das Großkapital hat ein Interesse daran, daß der Franc nicht stabilisiert wird. Also wird er nicht stabilisiert.

Dieses Interesse an der Inflation ist sehr einleuchtend: um den Franc zu sanieren, müßten angemessene Steuern erhoben werden. Die französische Großbank denkt gar nicht daran, solche Steuern zu zahlen, das hat sie seit ihrem Entstehen, seit der „großen“ Revolution von 1789 fast nie getan. „Rag der Staat konstant sein, wenn wir nur gesund sind.“ Ferner müßten die Stillungsausgaben aufhören; aber die Großbanken wollen die Stillungsausgaben nicht aufhören, denn es ist kein Artikel, an dem jeder verdient, sondern in einer so korrupten Demokratie, wie an Kriegeszeit, und bei dem man soviel gute Freunde an Bravosomen umsonst misverleihen lassen und sich verpfänden usw. kann; deshalb werden auch die Klüftungen der „bevorzugten“ Staaten trotz aller Finanznot des Staates unterstellt. Endlich ist die Großindustrie durch die Unterbietungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt, die der niedrige Kursstand erlaubt, voll beschäftigt im Export, verdient also in Devisen, in stabilen Geld, und man überdenkt damit alle etwa gewünschten Kleinbetriebe des Inlandes für ein Spotzgeil aufkaufen und auf Export umstellen.

Da Frankreich das seines Kolonialismus und dünnen Bevölkerung bis zum größten Teil aus eigener Scholle ernähren kann, auch aus seinem riesigen Kolonialreich auskosterlich viel Rohstoffe in billiger Fremdwährung beziehen kann und endlich billige Reparationshöhe usw. von Deutschland bekommt, kann die französische Finanz die dieser Exportwirtschaft auf der Basis niedriger Währung und also niedriger Löhne und billiger Rohstoffe glänzend gedeihen. Stabilisieren? Wozu? Damit das Geschäft aufhöre? Denn das weiß man natürlich ganz genau: Stabilisieren würde Aufheben der Löhne und der Preise für inländische und koloniale Rohstoffe auf den Weltmarktpreis und damit Aufheben der enormen Devisengewinne und der damit der Währungsdumpings durch seine Abwärtsschwierigkeiten bedingten Vollbeschäftigung bedeuten. Wozu hat man denn die Demokratie und das Geld, also die Macht, wenn man dies nicht verhindern will?

Das Volk? Ja du lieber Gott das Volk; das mag den Hungerriemen enger schnallen und arm werden. Dazu war das Volk in Frankreich doch immer da. Dem Volk muß von der gestuften Presse nur der Kopf wir gehalten werden, damit es abgeleitet wird von den Gründen seines Glüdes und nicht aufmuckt. Dann ist alles in bester Ordnung. Und das französische Volk denkt ja niemals nicht gern nach und läßt sich so leicht ablenken, wie ein köstlicher Siler. Man hält ihn den hohen Sinn, den hohen, der an allem schuld ist und nicht bezahlt; schon läßt es nach dem hohen. Man hält ihn den Engländer oder Amerikaner hin, die so treulos sind, von Frankreich nicht wert. Mit seiner Söhne jetzt auch nach Beziehung der Kriegsschulden zu fordern; man hält ihn der Mussolini hin, der Tunis und Cochin wegnehmen wird, den Abd el Krim und die Seren, die Frankreichs „prestige“, die nationale Ehre und den „geheiligten“ Kulturinfluß (und Kolonialreich) gefährden. Und das Volk läßt es und läßt und läßt und vergrüßt die Lächer des Liebes.

Außerdem: mit dem Export wird viel Geld verdient, sehr viel Geld, sehr viel Geld. Das braucht man ja schließlich nicht alles im Inland unterzubringen, (z. B. durch die riesigen Rück-

